

Rechtsrahmen: Naturismus ist eine weitere Deiner Freiheiten

Übersetzt aus: "[Marco Legal: El nudismo es una más de tus libertades](#)" (naturismo.org – 2019 – FEN [*Federación Española de Naturismo*])

Seit 1978 ist mit der Annahme der Verfassung keine Berufung in unseren Gesetzen auf "moralische" Erwägungen möglich. Keine Moral hat Vorrang vor der anderen, wenn es darum geht, durch die Gesetze geschützt zu werden. Das Recht auf Nacktheit ergibt sich daher aus unserer Verfassung (Art. 1; Art. 14, 17 und 20; Art. 138, 139 und 149). Und aus der Europäischen Charta der Menschenrechte, wie sie der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte ausdrücklich bekräftigt hat (zumindest durch die Meinungsfreiheit geschützt, Artikel 10 der Charta).

Die "öffentliche Moral" war (im alten Regime) das Werkzeug, mit dem Diskriminierungen moralischer Natur eine Art Rechtsform erhielten. So war durch ein Rundschreiben des Innenministeriums vom 6. Juli 1957 nicht nur "jede Nacktheit und Unkorrektheit sowie in gleicher Weise alles verboten, was der Anständigkeit und dem tradierten guten Geschmack der Spanier widerspräche", sondern das Verbot auch auf die Verwendung von "Badebekleidung, die unangehörig ist, wie zweiteilige Badebekleidungen für Frauen und Slips für Männer, ausgedehnt. Frauen mussten Brust und Rücken bedeckt haben, Männer Sporthosen tragen".

Mit unserer derzeitigen Verfassung sind alle Moralvorstellungen gleichrangig, solange sie kein anderweitig gesetzlich geschütztes öffentliches Gut tangieren. Daher sind Diskriminierungen nicht mehr zulässig, so dass es kein rechtliches Hindernis für die Praxis des Naturismus gibt

Autorisierte FKK-Strände entstanden als Folge der Tatsache, dass diese durch die Verfassung garantierte Freiheit zwar existierte, das alte Strafgesetzbuch mit seinem Artikel über "den öffentlichen Skandal" aber immer noch in Kraft war. Um zu versuchen, beides zu kombinieren, wurden FKK-Strände besonders ausgewiesen, um diesen unmöglichen Widerspruch zu lösen (dass an manchen Orten etwas Illegales legal war). Heute ist dies nicht mehr sinnvoll, denn man kann nicht "autorisieren", was nicht verboten ist und nicht verboten werden kann. Es ist nicht mehr zutreffend, von "FKK-Stränden" zu sprechen, sondern besser von "Stränden mit FKK-Tradition", denn in Wirklichkeit sind alle Strände vfrei und ohne Einschränkung bzgl. Kleidung nutzbar.

1989 wird Artikel 431 des Strafgesetzbuchs abgeschafft, um verfassungswidrige moralische Erwägungen zu beseitigen. Von diesem Moment an wird Nudismus in jedem öffentlichen Raum legal (Ley Orgánica¹ 5/1988).

Die Abschaffung des Vergehens namens "öffentlicher Skandal" war die Folge des Vorschlags 122/000046 vom 17. März 1987, in dem dieser "öffentliche Skandal" als mit einer demokratischen und pluralistischen Ordnung, wie sie in der Verfassung als Auftrag des Gesetzgebers verankert ist, völlig unvereinbar eingestuft wurde".

1995 wird mit der Verabschiedung des neuen Strafgesetzbuches (Código Penal) die Abschaffung von verfassungswidrigen Artikeln endgültig bestätigt. Damit existiert der "öffentliche Skandal" nicht mehr als Verbrechen. NUDISMUS IST VÖLLIG RECHTENS, auf jedem Strand, an jedem Fluss, in jedem Park, etc. ... und in jeder Situation.

Einige Leute versuchen, Nackte weiterhin zu diskriminieren, indem sie sich auf das Verbre-

chen des Exhibitionismus berufen. Das Gesetz ist in diesem Punkt sehr klar und wird von einer Definition dessen begleitet, was als Exhibitionismus bezeichnet werden kann: "unzüchtige Handlungen oder Handlungen obszöner Ausstellung in Gegenwart von Minderjährigen oder geistig Behinderten". Das heißt, wir sprechen von sexuellen Handlungen in der Öffentlichkeit, die mit oder ohne Kleidung durchgeführt werden können. Es ist offensichtlich, dass eine Person, die sich nackt sonnt, nicht die Absicht hat, andere sexuell zu provozieren. Nudisten können nicht für die Vorurteile anderer Menschen oder mangelnde Bildung verantwortlich sein, sondern nur für ihr Handeln.

Lasst uns unsere Kinder nicht entgegen ihren eigenen Körper erziehen. Kein Teil des Körpers ist weniger wert als ein anderer. Indem wir sie zwingen, Teile ihres Körpers in unnötigen Situationen zu bedecken, vermitteln wir ihnen, dass diese Teile anders oder negativ sind. Wir berauben sie dem normalen Verständnis von menschlichen Körpern, von Menschen in ihrer Gesamtheit, wir erschaffen Mythen und Deformationen und wir bringen sie dazu, Nacktheit mit Sex gleichzusetzen.

Die Meinungsfreiheit schließt den menschlichen Körper ein, so der Europäische Gerichtshof für Menschen-Rechte (EGMR).

In der Praxis haben einige (sehr wenige) Gemeinden illegale Verordnungen erlassen, die ihre Strände verbieten oder regulieren. Der Oberste (Spanische) Gerichtshof hat entschieden, dass Gemeinden dies in ihre Verordnungen aufnehmen können, weil der Naturismus (nach dem Obersten Gerichtshof) keine Ideologie wäre. Der spanische Verband für Naturismus hat als Argument dafür verwendet, dass FKK oder Naturismus eine Ideologie und als solcher dem Organengesetz gemäß Artikel 53.1 und 81.1 der Magna Carta vorbehalten ist. Wäre Naturismus keine Ideologie, wäre ihre Regelung nicht dem Gesetz vorbehalten, so dass ein Stadtrat eingreifen könnte. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat später in einer weiteren Klage gegen den britischen Staat, diesmal auf der Grundlage der Meinungsfreiheit, entschieden, dass die Meinungsfreiheit den menschlichen Körper einschließt und daher Nacktheit nicht durch bloße Verordnungen unterdrückt werden kann. Dieses Gericht steht über dem Obersten Gerichtshof.

Der Ombudsmann (El Defensor del Pueblo), Francisco Fernández Marugán, besteht am 19.10.2017 auf der Grundlage der Rechtsprechung der Verfassung darauf, dass Naturismus oder FKK eine Ideologie ist, was auch immer der Oberste (Spanische) Gerichtshof sagt. In seiner kurzen, rechtlich sehr fundierten Stellungnahme fordert er die Rücknahme von Verordnungen zur Regelung der Nacktheit, denn "jede Ausübung des Grundrechts ist dem Gesetz vorbehalten und kann daher nicht direkt durch eine Gemeindeverordnung geregelt werden".

Einige Regionalparlamente mischen sich in diese Angelegenheit ein, weil einige Stadträte darauf bestehen, illegale, nackt-phobische Artikel in Knebel-Verordnungen aufzunehmen. So hat das Parlament der Region Murcia einen Vorschlag außerhalb des Gesetzgebungsverfahrens (Preposición no de Ley – PNL²) vom 10.10.2017 angenommen, der auf die "Abschaffung der kommunalen Verordnungen drängt, die alle Bezugnahmen auf die Kleidung der Bürger enthalten, verstanden als Recht auf freie Meinungsäußerung, da die Ausübung dieses Rechts dem Gesetz vorbehalten ist und aus diesem Grund nicht direkt Gegenstand der Regulierung durch eine kommunale Verordnung sein kann, und an ihrer Stelle die Werte des Naturismus als Werte unserer Gesellschaft zu schützen und/oder zu fördern". Das Bulletin kann im PDF-Format heruntergeladen werden, indem Sie auf diesen [Link klicken](#). (naturismo.org – FEN – 2019).

Die FEN arbeitet mit der #NoSomosDelito Plattform an der Eliminierung/Änderung dieses Knebel-Gesetzes. Unser Vorschlag ist es, Artikel 139 des Stadtratsgesetzes, LBRL, zu präzisieren, so dass er nicht als freie Möglichkeit interpretiert werden kann, 8000 Mini-Knebel-Gesetze durch kommunale Verordnungen zu erlassen. Unser Vorschlag wurde in der Sitzung mit der Innenkommission des Abgeordnetenhauses, die am 5. Juli 2018 stattfand, gut angenommen. Es hat keinen Sinn, das Knebel-Gesetz zu beseitigen, während Tausende von "Knebel-Verordnungen" aus den Stadträten generiert werden können.

Kurz gesagt: Finden Sie heraus, ob es in der Gemeinde eine Verordnung gibt, die Nacktheit an Stränden verbietet oder beschränkt, wenn Sie Ärger vermeiden wollen. Wenn Sie sich nicht um das Durcheinander kümmern und ein Ordnungsgeld bezahlen sollen, müsste es leicht sein, mit dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs und dem Schreiben des Ombudsmann (El Defensor del Pueblo) in der Hand und sogar mit einigen [PNL wie dem der Region Murcia](#) ([naturismo.org](#)) zu gewinnen. Wenn Sie einen Tag unter weiteren nackten Menschen verbringen möchten, besuchen Sie diese Website der FEN, die traditionelle FKK-Strände auflistet. Und ja, gehen Sie in allen Badeorten, auch in den Schwimmbädern, Top-Less, denn die Gleichstellung von Männern und Frauen ist in diesem Fall sehr klar, und es ist selten, dass es Probleme damit gibt.

– Übersetzung (Rainer) von "[Marco Legal: El nudismo es una más de tus libertades](#)" ([naturismo.org](#) – FEN – 2019

¹ Zitat: "Organgesetze (leyes orgánicas) sind nach Art. 81 der spanischen Verfassung von 1978 Gesetze, die bestimmte in dieser Verfassungsvorschrift aufgezählte Materien regeln und für die deswegen im Gesetzgebungsverfahren Besonderheiten gegenüber den „gewöhnlichen Gesetzen“ (leyes ordinarias) gelten. Es handelt sich dabei um ein für die spanische Verfassungsgeschichte bis 1978 neues Konzept, das sich am Vorbild des loi organique der französischen Verfassung von 1958 orientiert."

Quelle: "[Organgesetz \(Spanien\)](#)" ([de.wikipedia.org](#)).

² Zitat: "Las Propositiones no de Ley suponen la forma genérica con que se conocen en España a las propuestas que hacen referencia a las iniciativas surgidas en las Cortes cuya finalidad sea la aprobación por estas de textos o resoluciones que no tengan carácter de ley."

Quelle: "[Proposición no de ley \(España\)](#)" ([es.wikipedia.org](#)).

In diesem Text der FEN sind zwei weitere Artikel der FEN verlinkt, die es in diesem Zusammenhang zum Verständnis der rechtlichen Situation in Spanien ebenfalls wert sind, übersetzt zu werden:

Der Ombudsmann und der freie Nudismus

Übersetzt aus: "[El Defensor del Pueblo y el nudismo libre](#)" (naturismo.org – 2019 – FEN [Federación Española de Naturismo])

Der Ombudsmann Francisco Fernandez Marugan hat sich dagegen ausgesprochen, dass Kommunen irgendwelche Einschränkungen der Bekleidungsfreiheit rechtlich in ihre Verordnungen aufnehmen, und fordert daher die Rücknahme von Nackheits-Verboten in kommunalen Verordnungen.

Ein Bürger von Cartagena, der Präsident unseres Verbandes in der Region Murcia, der *Asociación Naturista Costa Cálida* (ANCC), hat eine Beschwerde beim nationalen Ombudsmann Francisco Fernández Marugán eingereicht. Er machte dies in gleicher Weise geltend, wie es die FEN und die ANCC vor dem Stadtrat von San Pedro del Pinatar (und in ähnlicher Weise vor der Regionalversammlung) aufgestellt hatten.

Die in seiner Entschließung vom Ombudsmann vorgebrachten Überlegungen sind für den Schutz des Naturismus von großer Bedeutung, da es sich um allgemeine Rechtsbegründungen darüber handelt, dass Einschränkungen des Nacktbadens durch Verordnungen unzulässig sind, und gelten daher für alle etwa 8000 Gemeinden in unserer Region.

Der Ombudsmann übernimmt alle rechtlichen Argumente der FEN (und von renommierten Zeitschriften, Doktorarbeiten usw.), die wir Gerichten erläutert haben. Diese Argumente werden dadurch zusammengefasst, dass es unbestreitbar ist, dass Naturismus oder FKK eine Ideologie ist, egal wie sehr der Oberste Gerichtshof das Gegenteil gesagt hat (der Ombudsmann erinnert an die Bedeutung, die die Verfassung bzgl. der Definition von Ideologie anwendet). Und insofern ist es auch unbestreitbar, dass die Meinungsfreiheit irgendwelche Einschränkungen bzgl. des menschlichen Körpers nicht erlaubt, wie der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte betont hat. Aus beiden Gründen stellt der Ombudsmann auf der Grundlage mehrerer Urteile des Obersten Gerichtshofs und des Verfassungsgerichts fest, dass eine einfache kommunale Verordnung nicht Einschränkungen dieser Freiheiten definieren kann, da die spanische Verfassung die Beschränkung dieser Freiheiten Organgesetzen vorbehält. [...]

Der Ombudsmann schließt damit jede Diskussion über die Aufnahme von Verboten der Ideologie- und Meinungsfreiheit durch Verordnungen ab, insbesondere über die Verbote und Vorschriften des FKK an unseren Stränden. Stattdessen schlägt der Bürgerbeauftragte vor, mit naturistischen Vereinigungen zusammenzuarbeiten, um die positiven Werte gegenüber dem menschlichen Körper zu fördern, die der Naturismus vermittelt.

Es wird oft gesagt, dass die Empfehlungen des Ombudsmanns nicht verbindlich sind, obwohl sie in der Regel befolgt werden. Aber in diesem Fall können wir sagen, dass es sich hier um eine rechtlich bindende Verpflichtung handelt, die die Rechtswidrigkeit dieser kommunalen Verordnungen feststellt.

Trotz der Aufforderung des Ombudsmanns und der Regionalversammlung weigert sich die Gemeinde San Pedro del Pinatar immer noch, das Verbot aufzuheben, so dass der Ombudsmann zu dem Schluss kommt, dass er sicherstellen muss, dass Gerichte die notwendigen Maßnahmen ergreifen, um die Einhaltung des Gesetzes zu gewährleisten.

Wir können sagen, dass, was auch immer mit der Verordnung von San Pedro geschieht, die naturistische Bewegung gestärkt wurde, und dass paradoxerweise die Hartnäckigkeit bei der

Aufhebung und Aufrechterhaltung dieser Verordnung entscheidend dazu beigetragen hat, die Rechtswidrigkeit der Norm zu klären, und daher dazu beitragen wird, diese Art und Weise einiger Knebel-Verordnungen zu stoppen, die Verfolgung von Nacktheit an den Stränden wieder aufzunehmen. Die Verfolgung des Nudismus endete in den 1980er Jahren mit dem Organgesetz 5/1988, wurde aber 2004 durch die neuen Verordnungen des "civismo, playas o similares" [Gemeinsinns, der Strände oder ähnlichem] wieder aufgenommen. Wir hoffen, dass diese Empfehlung des Bürgerbeauftragten dieser neuen Verfolgung wieder ein Ende setzt.

Angesichts der Bedeutung dieser Schrift für die naturistische Bewegung geben wir sie im folgenden vollständig wieder. Wir werden uns darauf beschränken, einige Teile des Textes hervorzuheben, die wir für wichtiger halten, um die Lektüre für diejenigen zu erleichtern, die weniger Zeit haben.

Art der Maßnahme: Vorschlag

Datum: 19.10.2017

Verwaltung: Provinz Murcia. Rathaus San Pedro del Pinatar Rathaus

Reaktion der Verwaltung: Abgelehnt

Reklamationsnummer: 17012654

[...]

Bei der Definition der Bedeutung des Begriffs Ideologie vertritt das Schiedsgericht eine umfassende Auffassung zu diesem Thema, einschließlich "Ideen, Kriterien und Gefühle" (STC 20/1990, FJ 5), "persönliche Überzeugungen" (STC 20/1990, FJ 10) und "verschiedene Vorstellungen von der Bedeutung des menschlichen Lebens" oder "intellektuelle Position vor dem Leben" (STC 120/1990, FJ 10).

[...]

Die verschiedenen Verlautbarungen des Verfassungsgerichtshofs für Ideologie und ideologische Freiheit lassen den Schluss zu, dass Naturismus oder FKK einen ideologischen Aspekt hat, für den daher der verfassungsmäßige Schutz zutrifft [...].

[...]

[...] Naturismus hat einen ideologischen Aspekt bzgl. der Ausübung von Überzeugungen über den menschlichen Körper selbst und die Beziehung des Menschen zur Natur. Aus diesem Grund wäre Naturismus geeignet, als Ideologie und Schutzobjekt der öffentlichen Hand angesehen zu werden.

[...]

Die gesamte Ausübung der Grundrechte ist dem Gesetz vorbehalten und kann daher nicht unmittelbar Gegenstand einer Regulierung durch eine Gemeindeverordnung sein.

[...]

Auf jeden Fall darf nicht vergessen werden, dass sich Artikel 139 LBRL auf "Beziehungen der Koexistenz lokaler Interessen" bezieht, der an sich die Frage aufwirft, ob die Einschränkung eines Grundrechts, das per Verfassungsbestimmung allen Bürgern der Nation zusteht, als ein lokales Interesse angesehen werden kann, um kommunaler Verwaltung die Möglichkeit zu geben,

Regelungen auszuarbeiten, die, da sie auf den räumlichen Geltungsbereich beschränkt sind, nicht mit dem eigentlichen Rechtsumfang übereinstimmen, so dass das Recht in einem Teil des Staatsgebiets eingeschränkt wird.

b) Die *Fundamento Jurídico Octavo* ist, obwohl sie sich auf die Religionsfreiheit bezieht, gleichermaßen auf die Ausübung des Nudismus als ideologische Option anwendbar. Der Gerichtshof stellt in diesem *Fundamento* fest, dass aus der Sicht von Art. 16 Abs. 1 EG die Hypothese, die auf die bloße dialektische Wirkung hinweist, dass selbst wenn der strenge religiöse Charakter der Kleidung in Frage gestellt wird, ihr nicht der Charakter der Meinungsäußerung einer bestimmten Ideologie abgesprochen werden kann, die wie die verfassungsmäßige Freiheit die gleiche Behandlung genießt wie die Religionsfreiheit.

c) Die *Fundamento Jurídico Noveno* ist auf diesen Fall in gleicher Weise anwendbar.

[...]

Die öffentliche Ordnung kann nicht im Sinne einer Präventionsklausel gegen mögliche Risiken ausgelegt werden.

[...]

nur dann, wenn das Bestehen einer bestimmten Gefahr vor einem Gericht nachgewiesen wurde.

[...]

Aus den dargelegten Rechtsgrundlagen folgt, dass die Aktion der Stadt San Pedro del Pinatar nicht richtig war, die Ausübung von FKK an Stränden durch eine Gemeindeverordnung zu verbieten.

[...]

Das Parlament der Region Murcia schützt den freien Nudismus

Übersetzt aus: "[El Parlamento de la Región de Murcia protege el nudismo libre](#)" (naturismo.org – 2019 – FEN [*Federación Española de Naturismo*])

Als Folge der Aggressionen einiger Stadtverwaltungen in der Region Murcia gegen die Freiheit, die wir als Bürger haben, die Strände mit den von uns gewählten Kleidern zu genießen, haben wir, die Spanische Föderation des Naturismus, der Naturisten-Verein "Costa Cálida" und der Camping-Platz "Naturista El Portús", die politischen Parteien aufgefordert, eine *Proposición No de Ley* (NLP) zum Schutz des Naturismus auszuarbeiten, das die geltende Gesetzgebung deutlich macht, die einige Stadtverwaltungen zu ignorieren scheinen.

[...]

Deshalb sind wir überrascht über den Ungehorsam der Bürgermeister von San Pedro del Pinatar und die Hartnäckigkeit, mit der versucht wird, die Kleidung durch die Verordnungen der Stadt Lorca sowie die Ankündigungen von Mazarrón zu regeln: Was geschieht in der Region Murcia, warum bestehen sie darauf, die verfassungsmäßigen Freiheiten durch Verordnungen zu beschränken, trotz so vieler Warnungen? Bewusstes Handeln gegen das Gesetz kann als Ausflüchte betrachtet werden. Die Artikel 53 Absatz 1 und 81 Absatz 1 der Verfassung und 10 Absatz 2 der Europäischen Charta, die alle Eingriffe in die Meinungs- und Ideologiefreiheit auf Organgesetze beschränken, müssen eingehalten werden. Die Mahnungen der Regionalversammlung und des Bürgerbeauftragten müssen gehört und beachtet werden. In der Zwischenzeit werden die Bürger illegale Verordnungen missachten, und wir sind überzeugt, dass sich auch die kommunalen Akteure weigern werden, eine Moralpolizei durchzuführen. Internationale Tourismusagenturen, wie die NatUnion (20 Millionen Kunden) und europäische Naturistenverbände, werden über jede Haltung zur Kriminalisierung des menschlichen Körpers informiert, so dass sie ihren Kunden und Partnern empfehlen, den Tourismus in Gebieten zu vermeiden, in denen sie durch nackte und illegale Verordnungen verfolgt werden können.